WeltBlick

MAGAZIN [illegible] MISSION

Nr. 2 /2023

Menschenwürde, MENSCHENRECHTE

Weltweit
Von Menschenwürde zu Menschenrechten
Seite 10

Afrika
Menschenrechte in den Partnerkirchen
Seite 16

Indien
Religionsfreiheit in Gefahr
Seite 22

BERLINER MISSIONSWERK

Impressum

BERLINER MISSIONSWERK

Nr. 2 / 2023

Die Zeitschrift **Welt***Blick* erscheint dreimal jährlich.

ISSN 2513-1524

Auflage
9.000 Exemplare

Redaktion
Jutta Klimmt, Gerd Herzog

Editorial Design
NORDSONNE IDENTITY, Berlin

Layout
Katrin Alt, hellowork.de

Druck
Bonifatius-Druckerei, Paderborn

Papier
Das Magazin des Berliner Missionswerkes wurde auf 100 % recyceltem Altpapier gedruckt. Sowohl das Umschlagpapier als auch das Papier der Innenseiten sind mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

Umschlagpapier
Circle Offset white, 170 g/m²
Blauer Engel, FSC-zertifiziert, EU Ecolabel

Innenseitenpapier
Charisma Silk, 80 g/m²
Blauer Engel, EU-Umweltzeichen

Herausgeber
Direktor Dr. Christof Theilemann für das Berliner Missionswerk der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und der Evangelischen Landeskirche Anhalts.

Kontakt
Berliner Missionswerk
Georgenkirchstraße 69 / 70
10249 Berlin
E-Mail: redaktion@berliner-missionswerk.de
Telefon: 030/24344-168

Spendenkonto
Berliner Missionswerk
Evangelische Bank
BIC GENODEF1EK1
IBAN DE86 5206 0410 0003 9000 88

Titel

Eines der 60 Kinder, die in Iringa den Kindergarten Mlandege besuchen. »In der Einrichtung unserer Partnerkirche werden nicht nur Jungen und Mädchen aus christlichen Familien, sondern auch Kinder muslimischen Glaubens aufgenommen«, so Afrikareferent Dr. Martin Frank, »in Tansania ist das ganz selbstverständlich«. Der Kindergarten ist auch Einsatzstelle unseres Freiwilligenprogramms. (Foto: Martin Frank)

Für Sie immer aktuell!
Gerne informieren wir Sie jederzeit aktuell. Besuchen Sie unsere Webseiten
→ *www.berliner-missionswerk.de*
→ *www.talitha-kumi.de*

Oder bestellen Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter.
Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff »Newsletter« an
redaktion@berliner-missionswerk.de

Bildnachweis
S. 8/9 Martin Frank; **S. 17** (links oben) Michael Schaper, (rechts) Christian Reiser, (links unten privat); **S. 21** Loata Mungaya (ELCT); **S. 22** Martin Frank; **S. 25** Konstantin Börner; **S. 26–30** Gerd Herzog; **S. 31** (links und unten) Gerd Herzog, (Mitte) Jutta Klimmt; **S. 32** (oben, links und Mitte) Gerd Herzog, (unten) Jutta Klimmt; **S. 34** privat; **S. 36** Martin Frank.

HABEN SIE ANREGUNGEN, KRITIK ODER THEMENWÜNSCHE?

Schreiben Sie uns per E-Mail oder Brief an

redaktion@berliner-missionswerk.de

Berliner Missionswerk
Redaktion **Welt***Blick*
Georgenkirchstraße 69/70
10249 Berlin

WIR FREUEN UNS AUF IHRE ZUSCHRIFT!

www.blauer-engel.de/uz195
• ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt
• emissionsarm gedruckt
• überwiegend aus Altpapier
RG4

Dieses Druckerzeugnis ist mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Jutta Klimmt
leitet das Öffentlichkeitsreferat des Berliner Missionswerkes.

Pfarrer Barnabas Terang lebt mit seiner Familie im indischen Assam. Als Christ und Indigener fühlt er sich zweifach marginalisiert, von Kindheit an. Dann kommt der Oktober 2022. Terang empfängt christliche Gäste aus Deutschland, besucht mit ihnen Gottesdienste und Projekte. Und wird anschließend inhaftiert. Vorwurf: kriminelle Konspiration und Störung des gesellschaftlichen Friedens.

»Jeder hat das Recht auf Gedanken- und Religionsfreiheit«, so steht es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Hat sie in Indien ihre Gültigkeit eingebüßt?

Weitere Beispiele. Nach Jahren des Krieges sind im Norden Äthiopiens viele Schulen zerstört; an Unterricht ist nicht zu denken. Das Viertel Philippi im südafrikanischen Kapstadt, in dem das Bildungszentrum iThemba Labantu liegt, ist so gefährlich, das sich selbst die Polizei kaum hineintraut – und die Schüler:innen manchmal fernbleiben müssen. »Bildung aber ist ein Menschenrecht!«, kommentiert unser Afrikareferent Dr. Martin Frank.

Ob auf der Flucht vor Zwangsheirat; entwurzelt aufgrund des Klimawandels; verfolgt wegen einer gleichgeschlechtlichen Beziehung: Menschenrechte sind auch im 21. Jahrhundert kein selbstverständliches Gut. Sie sind in vielen Ländern zwar Teil der politischen Kultur und moralisches Postulat. Doch bis heute werden sie oftmals missachtet, von Einzelnen, von Gruppen, vom Staat. »Der Raum, in dem sich Menschen und Kirchen frei entfalten können, wird weltweit enger«, betont Dr. Patrick R. Schnabel, der bis vor wenigen Wochen Menschenrechtsbeauftragter der EKBO war

Auch Menschen in unseren Partnerkirchen leiden. In Palästina, in Kuba, Tansania oder Swasiland. Viele aber begehren auf: In Südafrika bietet die Kirche Trainings für gewaltfreies Handeln an; in Swasiland steht sie an der Seite derer, die sich gegen die Diktatur wenden. Und in Indien geht Pfarrer Terang nach seiner Freilassung hinaus und besucht Gemeinden und tauft Familien. Wie eh und je.

Faszinierende Einblicke. Spannende Geschichten. Für Sie in diesem Heft!

Ihre

Inhalt

30

Abschied
Barbara Deml geht

14

Interview
»Meine Hoffnung sind die Menschen«

2 Impressum

3 Editorial

4 Inhalt

6 **Meditation: Eine Kinderbibel und die Menschenrechte**
Von Barbara Deml

Menschenwürde, MENSCHENRECHTE

10 Grundsätzliches
Frei und gleich
Menschenwürde und Menschenrechte

14 Interview
»Meine Hoffnung sind die Menschen«
Dr. Patrick R. Schnabel über seine Zeit im Missionswerk

16 Indien
Vor der Tür wartet die Polizei
Religionsfreiheit in Gefahr

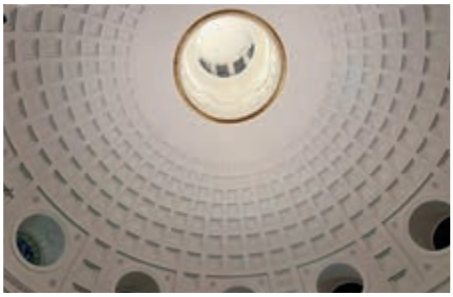
20 Afrika
»Aber wir leben!«
Universelle Menschenrechte und christlicher Glaube

25 BibelSeite
Frei bewegen
Mit dem Direktor in der Bibel geblättert

26 **KurzForm**

29 DreiFragen
Kristóf Bálint über eine Reise nach Polen

29



Polen
Ein unbekanntes Nachbarland?

16

Indien
Vor der Tür wartet die Polizei

20

Afrika
Universelle Menschenrechte und christlicher Glaube

30 HeimSpiel
Barbara Deml geht

32 FotoSeiten
Nachlese zum Kirchentag

34 Nachruf
Markus Braun: Kämpfer gegen die Apartheid

36 **Spenden und Helfen: Äthiopien**

Eine Kinderbibel und die MENSCHENRECHTE

»Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und er schuf sie als Mann und Frau.«
G1. Mose 1,27

VON BARBARA DEML

Bevor ich Bücher mit meinem zweieinhalbjährigen Enkel lese, werfe ich immer einen Blick hinein. Denn durch unsere Bilder und unser Erzählen wird die nächste Generation von klein auf eingeführt und eingeübt in Geschichten und Darstellungen des Glaubens. Was sie sehen und hören, prägt ihr Verständnis von Gott, ihren Sinn für Gerechtigkeit, ihr Verständnis vom Miteinander der Menschen auf der Erde. Was ihnen später als christliche Werte wichtig werden wird, speist sich aus diesen ersten Erfahrungen. Es lohnt sich also, genau hinzusehen, welche Bilder und Vorstellungen vermittelt werden und ob dabei auf Gleichberechtigung und die Vermeidung von Rassismus geachtet wird.

Ein sehr gutes Beispiel für eine diversitätssensible Kinderbibel ist die von der Vereinten Evangelischen Mission auf den Weg gebrachte und kürzlich in dritter Auflage erschienene »Alle Kinder Bibel«. In ausgewählten Geschichten aus dem Ersten und Zweiten Testament erzählt Andrea Karimé von der Erschaffung der Welt, von Noah und Mose, von Rut und Jeremia, von Jesus und Paulus und vielem mehr. Liebevoll illustriert können die Kinder im Kindergarten- und Vorschulalter die Vielfalt und Verschiedenheit von Kindern, Frauen und Männern erkennen. Ausdrucksstarke Bilder ziehen Kinder wie Erwachsene schnell in den Bann ihrer Geschichten. Ob hell- oder dunkelhäutig, klein oder groß, von sportlicher Gestalt oder mit körperlichen Einschränkungen, weiblich oder männlich, in vielfältigen oder mehrsprachigen Beziehungen lebend – Gott hat ALLE Menschen zu seinem Bilde geschaffen. Die besondere Würde, die nach christlichem Verständnis von Gott her allen Menschen verliehen ist, leitet sich theologisch schon aus der Schöpfungsgeschichte ab: »Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde«. Der Gedanke von Gleichheit und Freiheit findet sich aber auch bei Paulus, etwa im Galaterbrief: »Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid ‚einer' in Christus Jesus« (Gal. 3,28).

Leitet sich aus solchem Denken nicht unmittelbar auch der Einsatz für Menschenrechte ab? Auch wenn die Idee der Menschenrechte im vom Christentum geprägten Europa und Nordamerika entstanden ist, so entspringt sie wohl nicht unmittelbar christlichem Gedankengut. Sondern verdankt sich eher der Abgrenzung gegen die Amtskirche, ja überhaupt gegen Obrigkeit. Und obwohl wir im heutigen Westeuropa Menschenrechte selbstverständlich für alle Menschen assoziieren, galten sie lange Zeit vor allem für Männer. Erst nach und nach – durch völkerrechtlich verbindliche, international ratifizierte Verträge – wurden die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte auch für Frauen und Kinder festgeschrieben. Dafür setzte sich besonders der

LiteraturTipp

ALLE-KINDER-BIBEL. UNSERE GESCHICHTEN MIT GOTT.
Von Andrea Karimé, mit Illustrationen von Anna Lisicki-Hehn und einem Vorwort von Sarah Vecera.

Neukirchener Verlag, 3. Auflage 2023, 15 Euro.

Ökumenische Rat der Kirchen ein, der im gleichen Jahr gegründet wurde, in dem die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündete: 1948. In der im Jubiläumsjahr 2018 verfassten Erklärung zu den Menschenrechten heißt es vom Ökumenischen Weltkirchenrat noch einmal bekräftigend: »Alle Menschen sind nach dem Bilde Gottes geschaffen, gleich und in Gottes und unseren Augen gleich kostbar«, und weiter, »Jesus Christus hat uns alle durch sein Leben, seinen Tod und seine Auferstehung miteinander verbunden, damit das, was einen von uns betrifft, uns alle betrifft.« Auf katholischer Seite waren die Enzyklika »Pacem in terris« von Papst Johannes XXIII aus dem Jahr 1963 und das Zweite Vatikanische Konzil von 1962 bis 1965 entscheidende Schritte in der Debatte um christliches Menschenverständnis und Menschenrechte. Durch die Bürgerrechtsbewegungen in den USA und in Südafrika in den 1960er und -70er Jahren und durch die Befreiungstheologie Lateinamerikas haben die Kirchen der weltweiten Ökumene viel voneinander und miteinander gelernt, wenn es um den Einsatz für Menschenrechte geht. Mit den Kirchen des Südlichen Afrikas beispielsweise entstand mit dem Berliner Missionswerk während des gemeinsamen Einsatzes gegen Apartheid eine intensive Weggemeinschaft.

Heute sind sich die meisten Kirchen der weltweiten Ökumene darin einig, dass die Idee der Menschenrechte, die sich von der Menschenwürde her begründet, nicht nur vereinbar mit dem christlichen Glauben, sondern regelrecht von diesem her geboten ist. Dennoch geschehen, wie wir wissen, weiterhin gravierende Menschenrechtsverletzungen in aller Welt. In christlich geprägten Ländern ebenso wie in Regionen, in denen Christinnen und Christen deutlich in der Minderheit sind. Es heißt also wachsam bleiben, miteinander und voneinander lernen – und das schon von klein auf. /

Barbara Deml

ist Pfarrerin der Heilig Geist Gemeinde Falkensee. Bis Juni war sie Referentin für Ökumene und stellvertretende Direktorin des Berliner Missionswerkes. Mehr über ihren Abschied lesen Sie auf Seite 30/31.

Menschenwürde

MENSCHE

e,

NRECHTE

Die Vereinten Nationen haben 2010 Wasser als Menschenrecht anerkannt. Trotzdem haben über 660 Millionen Menschen auf der Welt keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. So auch im Süden Äthiopiens. Gemeinsam mit dem Kirchenkreis Berlin Nord-Ost arbeitet das Berliner Missionswerk schon lange daran, die Wasserversorgung in den entlegen Regionen zu verbessern → *berliner-missionswerk.de/projekte-spenden/afrika/aethiopien-brunnenbau*

FREI *UND* GLEICH

Von der Menschenwürde zu den Menschenrechten

Die Grund- oder Menschenrechte stehen im Kern unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Ausgangspunkt der Grundrechte ist die Menschenwürde. Deshalb bilden die Grundrechte den ersten Abschnitt des Grundgesetzes und deshalb erklärt ihr erster Artikel die Menschenwürde für unverletzlich. Das war nicht immer so und ist auch in unserem Kultur- und Rechtskreis hart und spät erkämpft. Was Menschenwürde konkret im Alltag für jeden einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes bedeutet, erschließen wir uns in einem fortlaufenden und nie abgeschlossenen Prozess.

TEXT: PATRICK R. SCHNABEL

Nicht nur Staat und Gesellschaft, auch die Kirchen selbst taten sich lange schwer, den Menschenrechten diesen zentralen Stellenwert im politischen Gemeinwesen einzuräumen. Denn ein solches Grundrechtsverständnis stellt die historisch überkommene Ordnung auf den Kopf: Nicht die »Obrigkeit« – auch keine demokratisch legitimierte Regierung – bestimmt allein, was Recht ist und Gesetz sein soll. Niemand gewährt den Bürgern diese grundlegenden Rechte. Vielmehr ist alles hoheitliche Handeln grundrechtsgebunden und sind alle Organe des Staates verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern einen hohen Standard an Freiheit, Gleichheit und Beteiligungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Unsere offene und plurale, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft wiederum ist auf Menschen angewiesen, die das mit den Grundrechten verbundene Angebot der Herrschaftsausübung durch das Volk auch annehmen. Dafür reicht es nicht, dass sich genügend Menschen finden, um die Parlamente der Kommunen und Kreise, der Länder und des Bundes, des Europäischen Parlaments und der parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen zu bestücken. Vielmehr sind wir alle aufgerufen, die Menschenrechte in ihrer Vielfalt mit Leben zu füllen und so überhaupt erst die Gesellschaft zu ermöglichen, in der wir leben wollen.

Dabei gilt das Gebot der Freiwilligkeit. Nicht einmal das Wählengehen ist bei uns Pflicht. Doch was wäre unser Land, wenn niemand wählte oder sich wählen ließe? Auch muss niemand eine Meinung haben, doch wo stünden wir, wenn allen alles egal wäre? Niemand muss Mitglied einer Gewerkschaft sein, doch wer erkämpfte dann faire Arbeitsbedingungen? Niemand muss Zeitungen lesen, Rundfunk hören, fernsehen oder im Internet browsen. Doch wo fände Meinungsbildung statt, wenn nicht in solchen öffentlichen Foren?

Auch eine Religion oder Weltanschauung muss niemand haben. Doch wie würde sich eine Gesellschaft entwickeln, in der niemand die grundlegenden Fragen nach dem Ursprung und dem Sinn des Lebens und den ethischen Spielregeln des Zusammenlebens stellte oder den gemeinschaftlichen Austausch dazu organisierte? Wenn niemand die immer wieder aufkommenden Allmachtsphantasien des Menschen in den Kontext einer höheren Macht und Ordnung stellte? Den Konflikten der Welt die Kraft göttlicher Liebe entgegenhielte?

Grundrechte sind ein Angebot, dass wir nicht ausschlagen sollten. Für uns Christen sind sie aber noch mehr als die notwendige Grundlage stabiler moderner Gesellschaften. »Menschenwürde« ist für uns ein säkularisierter Ausdruck dessen, was die Bibel »Gottebenbildlichkeit« nennt. Sie ist nichts, das

wir uns erst erarbeiten müssten. Sie ist nichts, das wir durch Fehlverhalten verlieren könnten. Sie ist uns von allem Anfang an mitgegeben und steht uns als »postmortales Persönlichkeitsrecht« noch zu, wenn wir längst verstorben sind.

Deshalb ist es aus theologischer Sicht so schwer verständlich, dass sich die Kirchen so lange so schwer damit taten, die Menschenrechte mit allen ihren Konsequenzen für die Gestaltung des Zusammenlebens ernst zu nehmen. Gerade die Kirchen sollten sich doch in dieser Welt für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, weil nur so die Menschenwürde zur Geltung gebracht werden kann. Das Evangelium in Wort und Tat zu verkündigen heißt ja nichts anderes, als von der unverbrüchlichen Liebe Gottes zu jedem seiner Kinder zu erzählen und unser Zusammenleben so zu gestalten, dass sich jede und jeder auch anerkannt und geliebt fühlen kann.

Dass die Verteidigung der Religionsfreiheit für die Kirchen dabei eine zentrale Rolle spielt, ist unbenommen. Sie ist die weltliche Grundlage, ohne die Bekenntnis, Kultus, Lehre, Diakonie und vieles andere nicht möglich wären. Religionsfreiheit schützt individuellen Glauben, gemeinschaftliches Leben und auch die Institution, die all dem einen sicheren Rahmen gibt.

Doch wenn Kirchen sich für dieses eine Recht aus gutem Grund besonders einsetzen, dann dürfen sie zwei Dinge nicht vergessen: Erstens ist Religions- und Weltanschauungsfreiheit ein Menschen-, kein Christenrecht. Es gilt für uns nicht weniger, aber eben auch nicht mehr als für alle anderen. Und zweitens sind die Grundrechte unteilbar. Sie bilden in ihrer Gesamtheit ein komplexes Konstrukt, innerhalb dessen es zu Kollisionen und Konflikten zwischen einzelnen Grundrechten und einzelnen Grundrechtsträgern kommen kann, für das aber immer ein Gleichgewicht angestrebt werden muss, bei dem außer der Menschenwürde keinem einzelnen Grundrecht eine absolute Vorrangstellung zukäme. Auch nicht der Religionsfreiheit. Wer diese wirklich schützen will, muss alle anderen mit verteidigen.

Natürlich gilt dies auch umgekehrt. Heute gibt es viele Menschen, die kritisch hinterfragen, ob die Religionsfreiheit überhaupt noch in einen modernen Grundrechtskanon hinein gehöre. Sie gilt ihnen als vormodernes Relikt, dessen Substanz auch durch andere Grundrechte wie die Meinungs- oder die Versammlungsfreiheit geschützt werden könnte, ohne dass es eines eigenständigen Tatbestands bedürfe. Solchen Anfragen darf und muss man selbstbewusst entgegentreten. Der Religionsfreiheit kommt zwar keine absolute Vorrangstellung vor anderen Grundrechten zu. Sie ist aber der Menschenwürde in gewisser Weise besonders nah: Denn die Fragen nach Ursprung und Sinn der Welt und den ethischen Regeln des Zusammenlebens berühren die eigene Persönlichkeit in ihrer Tiefendimension. Wenig ist so persönlich wie der eigene Glaube, die eigene Selbstverortung in der Schöpfung

JEDER HAT DAS RECHT AUF GEDANKEN-, GEWISSENS- UND RELIGIONSFREIHEIT. DIESES RECHT SCHLIESST DIE FREIHEIT EIN, SEINE RELIGION ODER ÜBERZEUGUNG ZU WECHSELN.

SONIE DIE FREIHEIT, SEINE RELIGION ODER WELTANSCHAUUNG ALLEIN ODER IN GEMEINSCHAFT MIT ANDEREN, ÖFFENTLICH ODER PRIVAT DURCH LEHRE, AUSÜBUNG, GOTTESDIENST UND KULTHANDLUNGEN ZU BEKENNEN.

und gegenüber ihrem Schöpfer. Daran ist nichts unmodern – im Gegenteil.

Für einen christlichen Beitrag zum Menschenrechtsverständnis ist bedeutsam, dass unsere Verfassungsordnung auch eine normative Wertordnung bildet. Anders als etwa im konservativen Verfassungsverständnis vieler US-Juristen kommt es dabei für uns nicht vornehmlich darauf an, welche Überzeugungen einst die Väter und Mütter des Grundgesetzes hatten. Vielmehr kommt es darauf an, welchen ethischen Grundkonsens die jeweils gegenwärtige Gesellschaft erzielen kann. Verfassungsinterpretation und damit auch Grundrechtsdogmatik sind nicht statisch, sondern entstehen aus dem Dialog von Text und Adressaten. Darin ähnelt die Rechtsauslegung zumindest protestantischer Schriftauslegung. Es gibt keine absolute Bedeutung eines einzelnen Satzes, sondern Deutung entsteht aus der Einbettung eines Textes in einen Kontext. Dieser findet sich sowohl in den umstehenden Texten als auch in seiner Wirkung auf die Rezipienten.

So gehörte beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau von Anfang an zum Kanon unseres Grundgesetzes. Und dennoch brauchte die Gesellschaft Jahrzehnte, um sie in allen Gesetzen zu verwirklichen – und wird sie noch lange brauchen, um sie auch für jede Frau in jeder Lebenslage Realität werden zu lassen. Gerichte, gerade auch das Verfassungsgericht, wirken daran rechtsfortbildend mit, sind aber auch selbst nie frei vom Zeitgeist. Ebenso verhält es sich mit anderen Rechten, etwa denen sexueller Minderheiten. Indem sich die Gesellschaft fortentwickelt, entdeckt sie oft erst das befreiende Potential der Menschenrechte.

Allerdings dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass dies ein linearer und unumkehrbarer Prozess ist. Die gesellschaftlichen Entwicklungen in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas, aber auch in außereuropäischen Staaten, in denen wir als Berliner Missionswerk und Landeskirchen Partner haben, können uns Warnung sein: Wenn Gesellschaften konservativer, ja illiberaler werden, ist davon oft auch die Rechtsprechung betroffen. Was Chance ist, ist auch Gefahr. Die Notwendigkeit, Menschenrechte zu interpretieren und fortzuentwickeln, macht sie auch angreifbar.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Menschenwürde die Mitte der Grundrechtsordnung bildet. Auch hier lässt sich eine Parallele zum protestantischen Schriftverständnis ziehen. Für Luther bildete die Mitte der Schrift, »was Christum treibet«, also die Liebe Gottes. Die Menschenwürde als säkulares Kondensat der Gottebenbildlichkeit, also der unbedingten Liebens-Würdigkeit jedes einzelnen Menschen ist die rechtliche Entsprechung dieser Idee.

So hat zwar kein Grund- oder Menschenrecht eine absolute Bedeutung, die unabhängig vom Verständnis einer konkreten Gesellschaft mit ihren Überzeugungen und auch politischen Mehrheiten erschlossen werden könnte. Doch können solche Interpretationen verworfen werden, die darauf abzielen, etwas von der Würde des Menschen wegnehmen zu wollen. Dabei geht es nicht um eine gleichsam hedonistische Selbstverwirklichung des Einzelnen; es geht um eine freie Entfaltung der Persönlichkeit, in der Freiheit rückgebunden ist an die Verantwortung für das Ganze.

So kann eine so scheinbar unmoderne Disziplin wie die Theologie etwas zu einem hochmodernen Grundrechtsverständnis beitragen. Das heißt nicht, die für eine umfassende gesellschaftliche Akzeptanz notwendige Säkularisierung der jüdisch-christlichen Konzeption von Gottebenbildlichkeit zum für jede und jeden verständlichen Konzept der Menschenwürde rückgängig machen zu wollen. Aber es bedeutet, selbstbewusst in den öffentlichen Diskurs einzutragen, was (nur) wir als Gläubige an hermeneutischen Zugängen beisteuern können.

Wir brauchen die Menschenrechte – und die Menschenrechte brauchen uns

Damit ist dann der kirchliche Einsatz, die kirchliche Anwaltschaft für Menschenrechte auch selbst schon wieder Ausdruck von Grundrechtsausübung: Sich so selbstbewusst mit dem eigenen Proprium in das Ringen um die rechte Verfassungsinterpretation einzubringen, heißt, von der eigenen Religionsfreiheit Gebrauch zu machen. Denn seinen Glauben zu leben, schließt ein, ihn gesellschaftlich wirksam werden zu lassen. Es geht nicht um den basalen Schutz von Religion als Winkelgeschehen frommer Innerlichkeit. Es geht darum, zu ermöglichen, dass Menschen ihr gesamtes Leben und Handeln an dem ausrichten können, was sie als Gottes Willen für sich und diese Welt erkennen und anerkennen.

Auch unser Handeln als Berliner Missionswerk, zusammen mit unseren Partnern weltweit, nimmt Grundrechte in Anspruch: Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und viele mehr. Immer öfter stoßen wir dabei an Grenzen. Der Raum, in dem sich Menschen und Kirchen wirklich frei entfalten können, wird weltweit enger. Populismus, Nationalismus, Rassismus, Fundamentalismus… all diese brandgefährlichen »-ismen« gefährden Grund- und Menschenrechte, engen unseren ökumenischen Handlungsspielraum ein, wollen denen, die als »anders« (anderes aussehend, anders denkend, anders glaubend, anders liebend…) empfunden werden, Würde und Freiheit absprechen. Wir können nicht alle Barrieren überwinden, die uns so in den Weg gestellt werden. Nicht zuletzt zum Schutz unserer Partner müssen wir gelegentlich umsichtig agieren, auch in der Verteidigung von Menschenrechten. Aber wir müssen ihren Anspruch auf Universalität und Unteilbarkeit anerkennen und ihm wo möglich Geltung verschaffen. Der Einsatz für Menschenrechte ist daher kein Thema, das wir als Christinnen und Christen den Anwälten und Richtern allein überlassen dürften. Er gehört zu den Kernaufgaben der Kirchen, weil das Evangelium zu verkünden heißt, von Gottes unverbrüchlicher Liebe zu jedem seiner Kinder zu erzählen. Die Verbindung von Gottebenbildlichkeit, Menschenwürde und Menschenrechten und der Zusammenhang von Gottesliebe, Nächstenliebe und dem Eintreten für die Entrechteten sind unauflöslich. Recht und Gerechtigkeit gehören nach biblischem Verständnis zusammen. Sie mögen nie völlig deckungsgleich sein, aber ein Recht, das nicht mehr danach strebte, Gerechtigkeit zu verwirklichen, hätte seinen Richtungssinn verloren.

Als Deutsche und Europäer dürfen wir bei aller notwendigen Kritik an den Defiziten in unseren Gesellschaften dankbar dafür sein, wir frei und gleich wir im Vergleich zu Menschen in anderen Staaten und Regionen leben. Diese Erkenntnis legitimiert zum einen, zu kritisieren, wo andere Gesellschaften Menschenrechte noch nicht oder nicht mehr so ins Zentrum ihrer Entwicklung rücken, wie wir das tun. Sie verlangt aber auch, selbstkritisch zu reflektieren, wo wir dazu beitragen, dass anderen die Rechte vorenthalten werden, die wir für uns so selbstverständlich in Anspruch nehmen: Da ist etwa der Blick an die Außengrenzen der Europäischen Union, an denen Menschen sterben, weil sie nicht mehr wollen als selbst in Freiheit und Wohlstand zu leben. Da ist auch der Blick auf die Fabriken und Felder, in denen moderne Sklaverei Gang und Gäbe ist, damit der Strom an billigen Rohstoffen und Waren nicht abreißt, der unsere Konsumgesellschaft am Laufen hält.

Die Geschichte der Menschenrechte ist noch nicht zu Ende. Sie wird fortlaufend weitergeschrieben. Und es liegt an uns, ob sie eine Erfolgsgeschichte wird. /

Dr. Patrick R. Schnabel

war Referent für den Kirchlichen Entwicklungsdienst und Kuba im Berliner Missionswerk, zudem Menschenrechtsbeauftragter der EKBO. Anfang Mai ist er ins Berliner Büro der Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union gewechselt.

»Meine Hoffnung beruht auf den Menschen«:

Dr. Patrick Schnabel blickt zurück – und nach vorn

Als Beauftragter für den Kirchlichen Entwicklungsdienst, als Menschenrechtsbeauftragter der EKBO, als Länderreferent für Kuba: Was waren die Highlights Ihrer Zeit im Berliner Missionswerk?

PATRICK R. SCHNABEL: Ein Highlight war immer wieder die »Summer School Human Rights«, die wir über die Konferenz Europäischer Kirchen organisiert haben. Daran nahmen viele junge Theolog:innen und auch Ehrenamtliche aus den Kirchengemeinde teil, um sich über die Menschenrechtsthematik zu informieren. Zum Beispiel haben wir uns auf Sizilien vor Ort mit der Frage Flucht und Migration im Mittelmeerraum beschäftigt. Mit den Rechten von Geflüchteten, mit den Rechten von Frauen und Kindern. Es war immer wieder ermutigend zu sehen, dass es so viele junge Menschen gibt, die sich für diese Themen engagieren – auch in schwierigen Staaten wie Ungarn. Junge Christ:innen, die nach der Rückkehr in ihre Heimatgemeinden dazu beitragen, dass sich ihre Kirchen als Verteidiger der Menschenrechte sehen. Das war ein echtes Highlight. In der Zusammenarbeit mit Kuba war für mich das Projekt mit den Biogasanlagen wichtig, die Zusammenarbeit mit der Klimakollekte und den kubanischen Partnern. Weil dieses Projekt genauso ist, wie wir uns unsere Projekte wünschen. Ein Projekt zu gegenseitigem Nutzen. In diesem Fall haben gleich eine Vielzahl von Partnern etwas davon: Angefangen mit den Kleinbauern und ihren Familien, die Biogasanlagen bekommen und dadurch ihre Produktivität, ihre Gesundheit und ihre Lebensqualität steigern können. Dann die Partner, die dadurch die Möglichkeit haben, mehr Anlagen zu bauen und das Konzept weiter zu entwickeln. Bis hin zu uns. Wir können mit dem Projekt unsere Flugemissionen kompensieren. Unsere kubanischen Partner können uns dadurch etwas Geldwertes anbieten. Dabei ist völlig neu, dass der Geldfluss nicht einseitig ist. Die kubanischen Partner bringen nicht nur Manpower und gute Ideen ein, sondern etwas, das auf dem Markt für Emissionen etwas wert ist – ein sehr schönes Beispiel, wie sich Zusammenarbeit in diesem Bereich entwickeln kann. Weg von der Entwicklungshilfe, hin zur echten Entwicklungszusammenarbeit. Ein tolles Projekt.

Sie haben es auch selbst besucht?

PATRICK R. SCHNABEL: Ich habe schon mehrere dieser Projekte besucht. Ganz toll zu sehen, wie insbesondere die Frauen in diesen kleinbäuerlichen Familien »Ownership" entwickeln. Weil sie den größten Nutzen haben, übernehmen meist Frauen Betrieb und Wartung. Weg von den rußigen Holz-Feuerstellen, hin zu den kleinen Gaskochern, die schnell und effizient arbeiten. Die Frauen sagen uns, dieses Projekt habe ihr Leben verändert. Gleichzeitig wird die Gülle nicht mehr auf die Felder gekippt. Der humose Rest, der nach der Gärung übrig bleibt, wird ausgebracht – ohne Gestank, ohne krankmachende Keime. Ein toller Bio-Dünger. Von diesem Projekt profitiert nicht nur der Klimaschutz, sondern es gibt viele weitere Nebeneffekte. Es werden mehrere Ziele nachhaltiger Entwicklung bedient.

Welche Begegnungen haben Sie beeindruckt?

PATRICK R. SCHNABEL: Schwer zu sagen. Ich komme ja gerade aus Kuba zurück. Wegen des akuten Benzinmangels konnte ich nur wenige Gemeinden besuchen. Besonders beeindruckt jat mich diesmal ein Projekt der Kirchengemeinde in Cardenas. Pastorin Sarahí García Gómez – sie hat 2016 an der Frauenkonsultation teilgenommen, organisiert Projekte in unterprivilegierten Gegenden von Cardenas, in Stadtvierteln mit überwiegend schwarzer Bevölkerung.

Die Bewohnerinnen und Bewohner sind selbst für kubanische Verhältnisse unterprivilegiert?

PATRICK R. SCHNABEL: Auch in Kuba gibt es gute Viertel und sehr gute Viertel – und ärmere und ganz arme. In Cardenas, direkt bei der Kirche, liegt ein Viertel mit überwiegend afrokubanischer Bevölkerung. Die Menschen haben es auf dem Arbeitsmarkt deutlich schwerer. Die Revolution hat zwar offiziell den Rassismus abgeschafft, aber – wie andernorts –

vergehen mitunter Jahrzehnte, bis gesetztes Recht zu gesellschaftlicher Praxis wird. Pastorin García Gómez arbeitet vor allem mit Frauen, verschafft ihnen ein Einkommen. Mit handwerklichen Produkten, die in Heimarbeit, wie einer Kooperative, hergestellt werden; Seifen, Kerzen, Postkarten. Im Fairtrade-Laden der Gemeinde – oder über ausländische Partner wie uns – kann man die Produkte kaufen. Hier wird die Idee des »Micro Business« umgesetzt – und erreicht damit für die Menschen echte Veränderungen.

Ein anderes Ihrer vielen Themen, die christliche Friedensethik, gewann neue Aktualität.

PATRICK R. SCHNABEL: Wo stehen wir bei diesem Thema? Was kann man dazu aus christlicher Tradition sagen? Dazu bin in letzter Zeit so oft angefragt worden. Mein letzter dienstlicher Termin für das Berliner Missionswerk führte mich zur Kreissynode der Prignitz. Ich hielt einen Vortrag und eine Andacht über evangelische Friedensethik und den Ukraine-Krieg. Und am Wochenende darauf, auf der Potsdamer Kreissynode, wurde ich auch wieder zu diesem Thema eingeladen. Aber nicht nur das Thema Frieden, auch das Thema Klimagerechtigkeit ist sehr, sehr wichtig geworden.

Sie plädieren schon lange dafür, die Themen nicht isoliert zu betrachten.

PATRICK R. SCHNABEL: Deshalb habe ich mir auch gewünscht, dass mein Abschiedsgottesdienst nicht alleine den Kirchlichen Entwicklungsdienst in den Fokus rückt, sondern eben auch das Jubiläum »40 Jahre Konziliarer Prozess«. Mit diesem Prozess hat beim Weltkirchenrat die Verschränkung von Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung begonnen. Genau das, was heute die Sustainable Development Goals, die nachhaltigen Entwicklungsziele in säkularisierter Form, in den Blick nehmen. Die drei Bereiche des Konziliaren Prozesses, heruntergebrochen auf 17 Ziele. Umweltschutz ist nicht ohne soziale Gerechtigkeit denkbar, auch nicht ohne einen Blick auf Lieferketten. Durch die verschränkten Themen entsteht zwar eine hohe Komplexität. Aber ohne Verschränkung kommt man zu scheinbar einfachen Lösungen, die nicht weiterhelfen.

Wir brauchen dringend Lösungen, besonders für die Klimakrise.

PATRICK R. SCHNABEL: Ich habe mir vor kurzem die Seite des Weltklimarates angeschaut, mit verschiedenen Prognosen für die nächsten Jahre; je nachdem, welche Maßnahmen ergriffen werden. Drei Szenarien: Erstens, wir machen weiter wie bisher, zweitens, wir bemühen uns um einen »leichten« Klimaschutz, drittens, wir setzen die Ziele um, zu denen wir uns im Pariser Abkommen verpflichtet haben. Selbst im günstigsten Fall, auf der Basis des dritten Szenarios, wird ein breiter Gürtel um den Äquator, von Mittelamerika über die Sahara und den ganzen indischen Subkontinent bis hin nach Australien, in 25 Jahren praktisch unbewohnbar. Bei mehr als 300 Tagen im Jahr mit Temperaturen über 40 Grad. Welche Folgen das hat, auch unter dem Gesichtspunkt der Migration, können wir uns noch gar nicht richtig vorstellen. Die Klimafrage ist ganz drängend.

Woraus schöpfen Sie Ihre Hoffnung? Trotz dieser düsteren Prognosen? Trotz des »Shrinking Space for Civil Society«, der sich weltweit beobachten lässt?

PATRICK R. SCHNABEL: Meine Hoffnung beruht auf den engagierten Menschen. Egal, ob in der Menschenrechtsarbeit, den Friedensprojekten oder in der Entwicklungszusammenarbeit. Gerade in der Partnerschaft mit Kuba sind mir so viele Menschen begegnet, vor denen ich den Hut ziehe: vor ihren Ideen und ihrem Engagement unter schwierigsten Bedingungen. Wir klagen hier auf hohem Niveau und das sehr laut. Und dann treffe ich Menschen, die haben eigentlich nichts und machen daraus alles. Diese Begegnungen mit Menschen, die nicht aufgeben – die geben mir Hoffnung.

Interview: Gerd Herzog

Vor der Tür wartet die POLIZEI

Deutsche Reisende ausgewiesen, indischer Pfarrer inhaftiert: Partnerkirche in großer Sorge

Die polizeiliche Maßnahme kam ohne Vorwarnung. Eine Woche lang hatte eine kirchliche Delegation Gemeinden der Evangelisch-lutherischen Gossner Kirche im indischen Assam besucht. Herzlich überall der Empfang, intensiv die Gespräche! Dann der Schock: Festsetzung im Hotel, Ausweisung der deutsche Gäste, Inhaftierung der indischen Begleiter. Was heißt das künftig für die Partnerschaft? Und wie steht es um die Religionsfreiheit in Indien?

TEXT: JUTTA KLIMMT

»Gegenseitige Besuche und Begegnungen gehören zum Alltag einer kirchlichen Partnerschaft und sind das Herzstück unserer Arbeit«, betont Pfarrer Christian Reiser, Direktor der Gossner Mission. »Wenn eine deutsche Gruppe sich durch Gottesdienstbesuche der Gefahr aussetzt, bestraft und ausgewiesen zu werden, dann sind Begegnungen zwischen deutschen und indischen Christ:innen kaum mehr möglich. Wir sind in großer Sorge über die politischen Entwicklungen in Indien!«

Die indische Gossner Kirche ist aus dem Wirken von Gossner-Missionaren in Indien im 19. Jahrhundert hervorgegangen und seit 1919 eine selbstständige Kirche. Sie unterhält heute eine Partnerschaft sowohl zur Gossner Mission als auch zur Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO).

Rückblick. Im Oktober des vergangenen Jahres bricht eine gemeinsame Delegation des Ev.-luth. Kirchenkreises Emden-Leer und der Gossner Mission nach Assam auf, um dort die Möglichkeiten einer Kirchenkreis-Partnerschaft auszuloten. Die achtköpfige Delegation, der auch Christian Reiser angehört, ebenso wie Superintendentin Christa Olearius aus Leer, besucht im indischen Bundesstaat Assam Projekte und nimmt an Gottesdiensten teil. Begleitet wird sie vom indischen Mitarbeiter der Gossner Mission, Mukut Bodra.

Nach zwei Reise-Stationen in Ober-Assam erreicht die Gruppe die entlegene Region Karbi Anglong. Hier unterstützt die Gossner Mission seit vielen Jahren u. a. ein großes Dorfentwicklungsprojekt der Gossner Kirche. Und hier trifft die Gruppe mit Pfarrer Barnabas Terang zusammen, der dieses Projekt vor Ort maßgeblich initiiert hat und betreut. Und natürlich wieder: herzliche Empfänge, Gottesdienste, Begegnungen.

Aber am Morgen des 28. Oktober dann der Schock. Vor dem Hotel stehen bewaffnete Polizei-

HIER WURDE DAS MENSCHENRECHT DER RELIGIONS-FREIHEIT VERLETZT

Deutsch-indische Verbundenheit im Gottesdienst in einer kleinen Gemeinde in Assam.

Dann der Schock: Unter Polizeiaufsicht zum Flughafen.

Nach der Freilassung: Mukut Bodra (li.) und Pfarrer Barnabas Terang.

BERICHT ZUR RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT

»Dritter Ökumenischer Bericht zur Religionsfreiheit weltweit. Eine christliche Perspektive auf ein universelles Menschenrecht«: Mit diesem Bericht machen sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz gemeinsam für das Menschenrecht der Religionsfreiheit stark.

Die Publikation streicht den Wert der Religionsfreiheit heraus und zeigt auf, wo sie fehlt oder in Gefahr ist. Intention ist, Aufmerksamkeit für die Lage bedrängter und verfolgter Christinnen und Christen weltweit zu wecken und (außen)politische Handlungsnotwendigkeiten aufzeigen.

Ausführlich werden die Zusammenhänge beschrieben zwischen Themen wie Migration, Gender, Zivilgesellschaft, öffentliche Sicherheit, indigene Völker und Religionsfreiheit. Beispiele aus verschiedenen Ländern der Welt zeigen auf, wie sich die Einschränkungen der Religionsfreiheit auf das Leben der (christlichen) Gläubigen vor Ort auswirken. Sie führen aber auch vor Augen, inwiefern die Religionsfreiheit auch in freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten wie Dänemark oder Deutschland des Schutzes bedarf.

Die Autoren streichen dabei besonders heraus, dass die Religionsfreiheit immer im Zusammenhang mit den anderen Menschenrechten zu betrachten ist. Sie alle schützen die Freiheit aller Menschen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Zum EKD-Bericht:
→ *ekd.de/ekd_de/ds_doc/religionsfreiheit_ekd_dbk_2023.pdf*

kräfte. Die Delegation wird festgesetzt und ausführlich befragt; sie muss Pässe und Reisedokumente abgeben und das Besuchsprogramm offenlegen. Besonders grob wird Mukut Bodra behandelt. Seine Kamera und sein Smartphone werden konfisziert.

Der Gruppe wird vorgeworfen, sie habe an missionarischen Veranstaltungen teilgenommen und Visa-Regeln verletzt. Hintergrund: In acht von 28 indischen Bundesstaaten existieren sogenannte »Anti-Konversionsgesetze«. Allerdings nicht in Assam. Die Gesetze werden oft als Vorwand benutzt, um christliche oder muslimische Gläubige ins Visier zu nehmen und unter Druck zu setzen.

Am Tag der Festsetzung nimmt Christian Reiser noch vom Hotel aus Kontakt zur Deutschen Botschaft in Delhi und zum Konsulat auf sowie zu staatlichen und kirchlichen Behörden in Deutschland. Diese raten zur Kooperation. So geht die Gruppe nach zermürbenden Stunden schließlich auf die Forderung ein, pro Person 500 Dollar Strafe zu entrichten, neue Rückflüge zu buchen und das Land so schnell wie möglich zu verlassen.

Am folgenden Morgen also der Transfer – unter Polizeiaufsicht – zum Flughafen in Guwahati und weiter nach Delhi. Dort harren die acht Frauen und Männer stundenlang im Abschiebegewahrsam aus.

Erst beim Einstieg ins Flugzeug nach Deutschland erhalten sie ihre Reisedokumente zurück.

Doch: Anders als zunächst zugesagt, werden ihre indischen Begleiter festgenommen und zur Polizeiwache gebracht. Der Vorwurf gegen sie lautet: Kriminelle Konspiration und Störung des gesellschaftlichen Friedens.

Mehr als vier Wochen müssen Bodra und Pfarrer Terang in der Haft ausharren, bis endlich eine Anhörung vor Gericht stattfindet. Ein früher angesetzter Termin ist kurzfristig wieder abgesagt worden. Begründung der Behörden: Polizei und Staatsanwaltschaft hätten die erforderlichen Unterlagen noch nicht beisammen. Familie und Freunde der beiden Männer sind in großer Sorge: Wie wird es weitergehen? Ist das ein weiteres Zeichen für behördliche Willkür? Ebenso wie der Vorwurf selbst es ist?

Umso größer dann die Freude darüber, dass der Gerichtstermin am 28. November tatsächlich stattfindet. Und mit der Festsetzung einer Kaution endet. Mukut Bodra und Barnabas Terang können das Gefängnis verlassen und nach Hause zurückkehren. Die beschlagnahmten Gegenstände allerdings werden ihnen nicht zurückgegeben; eine weitere Anhörung wird angekündigt.

»Mit der Ausweisung der Gossner-Delegation und der Inhaftierung zweier indischer Gossner-Christen in Assam wurde das Menschenrecht der Religionsfreiheit verletzt«: Dr. Patrick R. Schnabel, zum Zeitpunkt des Vorfalls Beauftragter für Menschenrechte der EKBO, wertet das Vorgehen der Behörden in Assam als Beispiel dafür, dass in Indien die Situation für religiöse Minderheiten und für die Zivilgesellschaft immer schwieriger wird. »Der Vorgang beunruhigt gleich aus mehreren Gründen«, so Schnabel. »Offensichtlich liegt ein erheblicher Eingriff in das Menschenrecht der Religionsfreiheit vor, wie sie in Artikel 18 des UN-Zivilpaktes definiert wird. Indien gehört zu den Unterzeichnerstaaten«, so der Kirchenrechtler und Theologe.

Der Vorgang sei zudem ein weiteres Indiz dafür, dass Indien wie auch andere Staaten Arbeit und internationale Verbindungen (zivil)gesellschaftlicher Kräfte zunehmend einzuengen versuchen. »Schließlich stehen die Ereignisse auch im Zusammenhang mit der populistischen Bewegung des Hindu-Nationalismus, unter dem neben Christinnen und Christen auch Muslime und Angehörige anderer religiöser Minderheiten in Indien leiden. Es wäre wünschenswert, wenn sich die ‚größte Demokratie der Welt', wie Indien gerne genannt wird, wieder auf die großen Stärken besinnt, die ihr aus ihren Traditionen der Rechtsstaatlichkeit und einer historisch gewachsenen kulturell-religiösen Vielfalt zukommen«, so Dr. Patrick R. Schnabel.

Monate nach der Ausweisung bleibt vieles offen: Wie kann die Begegnungsarbeit in Indien weitergehen? Werden die Ausgewiesenen wieder nach Indien einreisen können? Wie steht es um die Sicherheit der religiösen Minderheiten im Land?

Drei Tage vor der Ausweisung der Gossner-Delegation waren übrigens drei Schwed:innen aus Assam ausgewiesen worden. Sie kamen aus dem freikirchlichen Spektrum und wollten an einem Open-Air Gottesdienst teilnehmen. Vielleicht war die deutsche Gruppe einfach zur falschen Zeit am falschen Ort? Doch sicher ist auch, dass Anfeindungen gegen religiöse Minderheiten in Indien sogar weiter zunehmen. Christian Reiser: »Eine Besserung scheint nicht in Sicht. Premierminister Modi wird die Anfeindungen eher weiter schüren. Und er sitzt fest im Sattel.« /

Jutta Klimmt

leitet die Öffentlichkeitsarbeit der Gossner Mission und des Berliner Missionswerkes. Und hat die Zuspitzung der Ereignisse im letzten Herbst über Telefonate und Handy-Nachrichten hautnah verfolgt.

»Aber wir *leben!«*

Über Menschenrechte in unseren afrikanischen Partnerkirchen

Zwischen universellen Menschenrechten und christlichem Glauben herrscht überall auf der Welt eine komplexe Beziehung. So auch in Afrika. Von Fragen der Religionsfreiheit bis hin zu Geschlechtergerechtigkeit und Klimawandel gibt es in unseren Partnerkirchen unterschiedliche Standpunkte und Perspektiven.

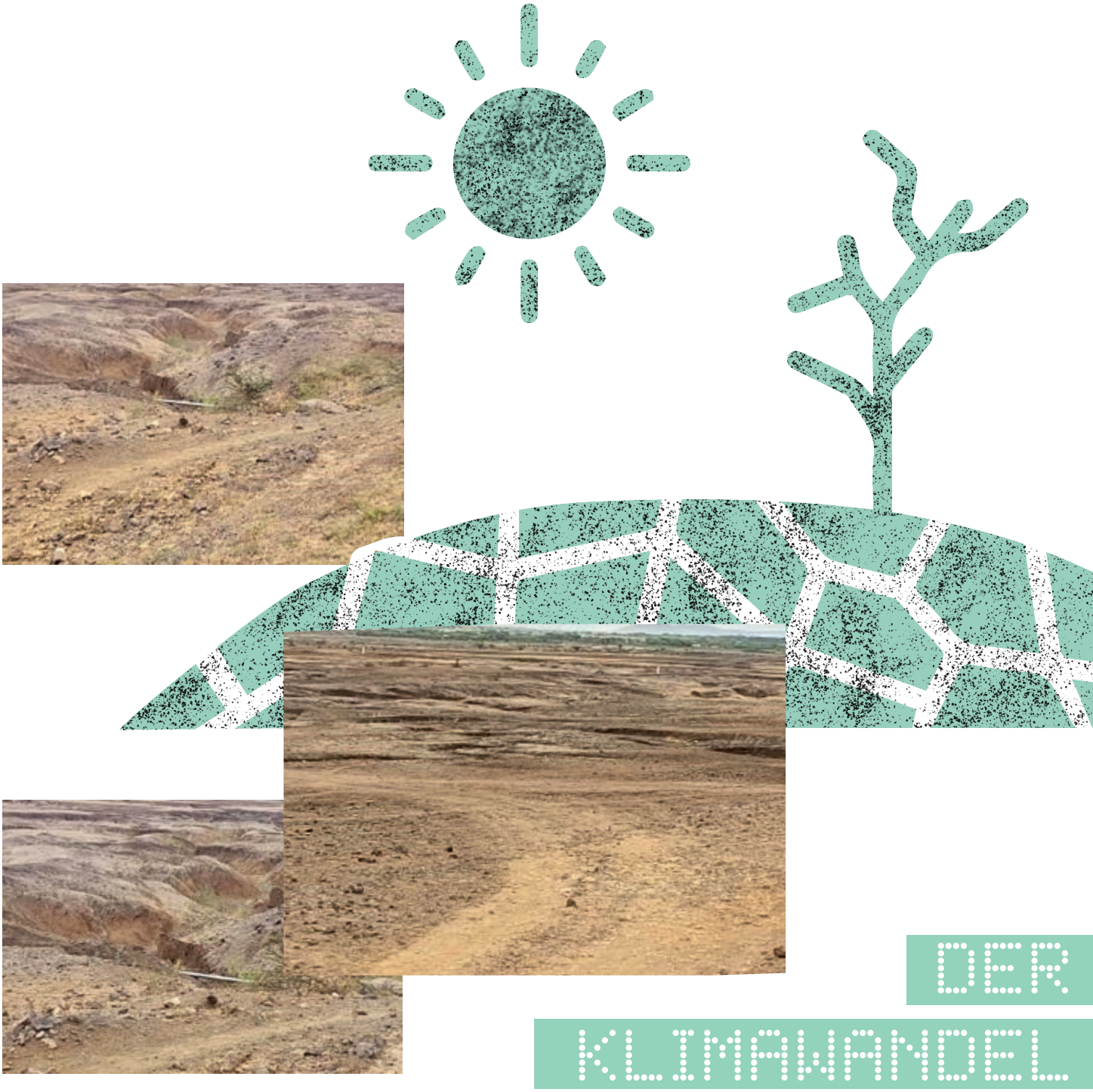
TEXT: MARTIN FRANK

Nicht alle Geschwister in unseren afrikanischen Partnerkirchen leiden unter schweren Verletzungen ihrer Menschenrechte, die meisten leben ihren Alltag, so wie wir unseren Alltag leben. Ich frage einen der 26 Bischöfe unserer Partnerkirche ELCT (Evangelical Lutheran Church in Tanzania), dessen Diözese in Südtansania liegt, wie er die Verwirklichung der Menschenrechte in seinem Heimatland sieht. Er antwortet schnell: »Ich danke Gott, dass in Tansania – auch wenn viele nicht wissen, was die Menschenrechte sind und wie sie gerecht oder ungerecht behandelt werden – die Menschen meiner Erfahrung nach gerecht behandelt werden in ihrem Recht auf Privatsphäre, dem Wahlrecht, der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit und dem Recht, sich zu versammeln.« Er ist zufrieden mit der politischen und gesellschaftlichen Lage trotz der relativen Armut, das nehme ich zur Kenntnis und freue mich darüber. Ich kann ihm dennoch nicht ganz zustimmen, aber dazu später.

Die Konflikte, Kriege und Katastrophen, die manche unserer afrikanischen Partner erleben, ereignen sich lokal und zeitlich begrenzt. Sie betreffen nicht das ganze Land, schon gar nicht den ganzen Kontinent, sondern spezielle Regionen oder einzelne Bevölkerungsgruppen. Aber sie begegnen mir in all ihrer Begrenztheit, wenn sie bei unseren Geschwistern auftreten, umso brutaler und zerstören den normalen Ablauf des Alltags. Es ist kein normaler Alltag möglich, wenn Menschen jeden Morgen, wenn sie aufstehen und zur Arbeit fahren, damit rechnen müssen, überfallen und sogar ermordet werden zu können. So geht es aber allen Angestellten in unserem wunderbaren Projekt iThemba Labantu in Kapstadt. Das Viertel Philippi, in dem das Bildungszentrum liegt, ist so gefährlich, dass sich selbst die Polizei kaum noch hineintraut. Einigen Angestellten ist morgens vor Angst schlecht, wenn sie sich dem Eingangstor nähern, in dessen Bereich schon viele Überfälle passiert sind.

Friedrich Spee dichtete während des Dreißigjährigen Kriegs eine Strophe, die wir hier zu Weihnachten singen – es ist mehr ein Hilferuf als ein Lied: Wo bleibst du, Trost der ganzen Welt, Darauf sie all' ihr' Hoffnung stellt? O komm, ach komm vom höchsten Saal, Komm tröst uns hie im Jammertal. Ja, wo bleibst Du Trost der ganzen Welt in den Konflikten, Kriegen und Katastrophen unserer Geschwister im Süden? Natürlich weiß ich, dass auch in Deutschland Menschenrechte verletzt werden. Natürlich weiß ich, dass ich aus einer sehr privilegierten Position heraus am Jammertal vieler unserer Geschwister im Süden versuche – ja was? – teilzunehmen. Mitzuleiden wäre wohl ein zu starker Begriff.

Mit einer kleinen Gruppe von Engagierten, die sich mit Äthiopien befassen, saß ich beispielsweise ab Kriegsbeginn Ende 2020 über ein Jahr wöchentlich per Videokonferenz beisammen und versuchte,



DER KLIMAWANDEL IST EINE WELTWEITE BEDROHUNG

Loata Mungaya arbeitet für die tansanische Partnerkirche und ist Massai. Was auf den Fotos wie Wüste aussieht, war früher Weideland. Die Aufnahmen entstanden nahe dem Dorf, in dem seine Verwandten heute noch leben: »Der Klimawandel trifft uns unmittelbar«.

In Äthiopien herrschen seit Jahren Gewalt und Krieg. Das musste Dr. Martin Frank schon 2018 erleben, als er beim Besuch der Partnerkirche Mekane Yesus in eine Straßenblockade geriet.

IM BÜRGERKRIEG IST KEIN NORMALER ALLTAG MÖGLICH

den Kriegsverlauf im Regionalstaat Tigray im Norden Äthiopiens zu verstehen und daraus Handlungsmöglichkeiten der Solidarität für die Menschen in Äthiopien zu entwickeln. Amnesty International titelte damals ihren kaum zu verkraftenden Bericht der Gräueltaten des Kriegs mit dem bewegenden Ausspruch einer von Soldaten gequälten Frau: »I don't know if they realized that I was a person.« Was muss geschehen, dass Menschen andere Menschen nicht mehr als Person, als Mitmensch wahrnehmen?

Dieser Vorgang der Entmenschlichung scheint uns fern zu sein, er scheint sich im Süden oder Osten der Welt abzuspielen, aber er ist uns ja doch ganz nah, wie uns nicht nur die Hassparolen rechter populistischer Parteien in ganz Europa zeigen. Dennoch spielt sich die Verletzung der Menschenrechte in manchen Ländern unserer lutherischen Partnerkirchen mit einer Wucht und Direktheit ab, die wir hier nicht kennen. So schrieb mir Amanuel, Schulleiter einer weiterführenden Schule in Dembi Dollo im Westen Äthiopiens, in diesem Frühjahr: »Nachts ziehen die Soldaten der Rebellen durch die Stadt, tagsüber die Soldaten der Regierungsarmee.« In den folgenden Wochen wurde seine Schule dann von den Soldaten geplündert, und sämtliche Nahrungsmittelvorräte für das kommende Schuljahr wurden geraubt. Wie haben wir uns miteinander gefreut, dass unsere Spendenaktion zugunsten dieser Schule so erfolgreich war, dass nun alle Schüler:innen wieder in der Kantine essen können und darüber hinaus Schreibmaterialien erhalten haben!

Bildung ist ein Menschenrecht, von dem viele Kinder und Jugendlichen auch nach Beendigung der Kriege nur träumen. Viele Schulen im Norden Äthiopiens wurden bewusst zerstört, um die Bildungsmöglichkeiten der kommenden Generation von Tigrayern zu verhindern. Wo bleibst Du Trost der ganzen Welt? In manchenTeilen Äthiopiens herrscht weiterhin extreme Dürre, es hat seit Jahren nicht geregnet. Ich frage nach: Wie helft Ihr den Geschwistern, deren Felder völlig verdurstet sind? Antwort aus dem Osten des Landes: Sie steigen von der Ebene, in der es seit Jahren nicht geregnet hat, in höher gelegene Regionen und bekommen Nahrung von den Gemeinden dort, denen es etwas besser geht. Der Trost kommt von den Geschwistern, die etwas weniger arm sind. Gottes Güte und Barmherzigkeit wird aber von unseren Geschwistern nicht infrage gestellt. Kurzum: Ich lese in den E-Mails, ich höre es am Telefon immer wieder, dass Gott gepriesen wird, dass ER es gut mit uns meint, dass ER siegen wird.

Viele der Menschen haben in dem alltäglichen Elend einen Glauben wie ein Fels, sie haben unerschrockenen Mut, unerschöpfliche Hoffnung, ja sogar Humor. Daher lacht Dean Bock aus Kapstadt, nach den Menschenrechten in seiner Stadt befragt: »Mann, die Menschenrechte werden hier in Südafrika besonders durch die demokratische Regierung verletzt. Wir haben nicht einmal Grundrechte wie Elektrizität, sauberes Wasser. Es gibt viele Morde in den Cape Flats. Du bist nicht einmal in deinem eigenen Haus sicher. Aber wir leben!«

Die Menschenrechte sind eine starke, eine unverzichtbare Idee, die uns mit allen Partnerkirchen verbindet. Die Idee der gleichen Würde und Freiheit für alle Menschen ist eine Vision, die uns mobilisiert, über Grenzen hinweg in Solidarität zu handeln. Diese Vision ist aus der christlich-jüdischen Idee der Menschenwürde erwachsen, wie Patrick Schnabel in seinem Artikel in diesem Heft darlegt. Ich stimme ihm zu, wir erzählen in jeder Partnerkirche die nicht endende Erzählung von der »unverbrüchlichen Liebe zu jedem seiner Kinder«. Mahatma Gandhi hat es so ausgedrückt: »Du darfst den Glauben an die Menschheit nicht verlieren, die Menschheit ist ein Ozean; wenn ein paar Tropfen des Ozeans schmutzig sind, wird der Ozean nicht schmutzig«. Dieser Glaube an die Menschheit ist uns allen wie eingebrannt, er verbindet uns weltweit. Dennoch erleben wir die Erfüllung der Menschenrechte unterschiedlich und akzentuieren ihre Verwirklichung je nach dem Kontext, in dem wir agieren. Der Staat, in dem wir leben, spielt nach meiner Erfahrung eine größere Rolle dabei, wie die Menschenrechte in den Kirchen weltweit proklamiert und wie an ihrer Erfüllung gearbeitet wird, als es lokale Traditionen und Moralvorstellungen tun.

Dean Bock erfährt in Südafrika eine korrupte und handlungsunfähige Regierung. Daher nehmen er und seine Kolleg:innen aus den verschiedenen Kirchen und Religionen Kapstadts die Entwicklung ihrer Stadt selber in die Hand. Es gibt viel Gewalt, also trainieren sie Jugendliche, dagegen gewaltfrei anzugehen. Es gibt kein Angebot an frischem Gemüse, das sich die Armen leisten können. Also haben sie »Urban Gardening« begonnen und bilden in dem Schuppen daneben mit der Hilfe von Studierenden aus der nahe gelegenen Universität Stellenbosch Menschen aus dem Viertel aus, die anderen in Zukunft ihr Wissen um Gemüseanbau weitergeben sollen. In ihrem gemeinsamen Bekenntnis schreiben sie: »Wir glauben, dass die interreligiösen oder glaubensbasierten Organisationen (Faith Based Organisations) eine besonders einzigartige Rolle haben, sowohl dabei Menschen, die von Men-

schenrechtsverletzungen betroffen sind, direkt zu unterstützen, als auch beim Eintreten für und Einfordern von Menschenrechten als Teil ihrer Arbeit und ihres Dienstes an der Welt.«

Wie werden die Verletzung der Menschenrechte in einem Land von den Kirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen wahrgenommen? In Swasiland, das einen Teil der Eastern Diocese unserer Partnerkirche im Südlichen Afrika, der ELCSA, bildet, kämpfen besonders die jungen Menschen gegen eine beinah allmächtige Diktatur mit einem König an der Spitze. Jede Opposition wird brutal unterdrückt. Nach dem Mord an dem bekannten Menschenrechtsaktivisten Thulani Maseko Ende Januar dieses Jahres hat sich der Council der ELCSA kurz darauf als Zeichen der Solidarität mit allen Bischöfen in Mbabane bei dem neu gewählten Bischof Zwanini Shabalala getroffen. Auf meine Frage, wie wir sie unterstützen könnten, kam die Antwort, auch von Gewerkschaftsseite, dass es eine große Hilfe sei, wenn wir die Opferfamilien der von Polizeikugeln und in Haft getöteten Aktivisten besuchen könnten.

In den letzten Jahren hat die Hetze auf gleichgeschlechtlich lebende Menschen, auf die ganze LGBTQ-Bewegung, in vielen afrikanischen Ländern wieder zugenommen. Entgegen den Fakten wird die Bewegung als »Exportprodukt aus dem Westen« betrachtet. Das betrifft nicht Südafrika, aber Tansania und viele weitere Staaten in Ost- und Westafrika. Die ELCT wagt es angesichts der allgemeinen Hetze nicht, sich öffentlich anders zu orientieren. Auf YouTube gibt es beispielsweise einen kurzen Film mit Bischof Dr. Alex Gehaz Malasusa aus Dar Es Salaam, in dem er Homosexualität mit dem Werk des Teufels gleichsetzte. Einige tansanische Gemeinden hatten zur Karwoche 2023 Plakate gedruckt, auf denen alle eingeladen wurden – außer schwule und lesbische Menschen. Von unserer Partnerkirche ELCT stammt ja auch das berühmt-berüchtigte Dodoma Papier aus den 1990er Jahren, das die Beziehung zu Kirchen aufkündigen möchte, die Schwule und Lesben als Paare akzeptieren bzw. im Pfarrhaus dulden.

Dieses Menschenrechtsthema wird aber in der gesamten Ökumene öffentlich wenig besprochen. Vielleicht liegt es daran, dass viele afrikanische Kirchen den Eindruck gewonnen haben, dass ihre Partner aus dem Westen wieder einmal alles besser wissen, wohingegen sich die westlichen Kirchen sicher sind, die allgemeinen Menschenrechte zu verteidigen. Damit es nicht zum Abbruch der Beziehungen kommt, pflegen manche Partnerschaften eine Politik des Appeasement, der Zugeständnisse, nach dem Motto: Lieber nicht zu viel darüber reden, Beschlüsse besser nicht umsetzen oder Gras über gegenseitiges Unverständnis wachsen lassen.

Ein letztes Beispiel: Desmond Tutu hat den Klimawandel »die menschenrechtliche Herausforderung unserer Zeit« genannt. Wie erfahren ihn unsere Partner? Loata Mungaya ist Schatzmeister der ELCT, sein Büro hat er in Arusha. Er ist Massai; seine Verwandtschaft lebt auf dem Land, in Musa, keine 30 Kilometer von Arusha entfernt. Er schildert mir, wie der Klimawandel seine Leute trifft: »Die Auswirkungen des Klimawandels haben zu einer verkürzten Regenzeit geführt, in der es in sehr kurzer Zeit viel regnet. Die Regenzeit reicht nicht mehr aus, um die Pflanzen wachsen und reifen zu lassen. Dies führt zu einem gravierenden Mangel an Nahrung für Menschen und Gras für Haus- und Wildtiere und damit zum Tod.« Loata Mungaya deutet auf große Rinnen, die durch das Wasser verursacht wurden, das das Land während der Regenzeit auswäscht. In der Trockenzeit, die jetzt länger ist als die Regenzeit, wird der Boden zu einem weichen Staub, der leichter weggespült werden kann und große Rinnen hinterlässt. Diese Rinnen werden zu Schluchten, die zwischen den Siedlungen auftauchen und ein Haus vom anderen trennen.

Aufgrund dieser Ereignisse wandern die Menschen aus ihrer Heimat in andere Orte ab, um ein neues Zuhause zu suchen, andere werden obdachlos. Zum Glück gibt es immer noch Gebiete, in denen man für umgerechnet 250 Euro ein Stück Land kaufen kann. Das Problem ist jedoch, dass die Bevölkerung zunimmt, während das Land gleich groß bleibt. Das wirft die Frage auf: Wohin gehen die vom Klimawandel vertriebenen Menschen, wenn das verfügbare Land vollständig verbraucht ist? Im nördlichen Teil Tansanias gab es die letzten zwei Jahre eine lange Dürreperiode, die dazu führte, dass Tausende von Haus- und Wildtieren aufgrund von Wasser- und Grasmangel litten und starben. Loata endet, indem er an unsere Partnerschaft appelliert: »Der Klimawandel ist ein Zeitbombe, über die wir gemeinsam nachdenken müssen!«

/

Dr. Martin Frank

ist Referent für Äthiopien, Tansania und das Südliche Afrika. Er hat mit seiner Familie mehrere Jahre in Westafrika gelebt.

»Frei bewegen«

Mit dem Direktor in der Bibel geblättert

Die Bibel und die Menschenrechte: Was fällt Ihnen dazu ein?

CHRISTOF THEILEMANN: Eine direkte Ableitung unseres heutigen Verständnisses des Menschenrechts allein aus der Bibel wird man nicht ohne weiteres behaupten können. Amerikanische Unabhängigkeitserklärung, die Französische Revolution und die UNO-Menschenrechtserklärung haben daran entscheidenden Anteil. Dennoch hat das biblische Menschenbild hier entscheidend mitgewirkt. Denn danach hat Gott alle Menschen nach seinem Bild geschaffen (1. Mose 1–3). Auch wenn die Menschen mit ihrem Handeln immer wieder dem zuwiderhandeln – im Urteil Gottes bleibt es dabei. Die Unterscheidung zwischen Juden und Griechen, Sklaven und Freien, Mann und Frau hat für den christlichen Glauben keine prinzipielle theologische Bedeutung mehr (Galater 3,28). Und wenn der Körper als Tempel des Heiligen Geistes gilt (2. Korinther 6), so kann das letztlich nicht nur für die Christen und Christinnen gelten, sondern für alle Menschen, ist es doch Gott der Heilige Geist, der die Menschen erhält. Zudem gilt: Christus ist für die Versöhnung der Sünden aller Menschen gestorben (1. Johannes 2,2). Das gilt, ob sie es annehmen oder nicht. Daraus folgt: Es lässt sich also keine Nachordnung der einen gegenüber den anderen herleiten. Vor Gott sind alle Menschen gleich. Denn Gott sieht nicht die Person an (Römer 2). Jeder Mensch hat also gleiche Würde und gleiches Recht auf die Achtung seines Mitmenschen. Dafür steht Gott ein. Dass diese Einsichten Konsequenzen für die Menschenrechtsfrage haben, wird jede und jeder einsehen.

Die zehn Gebote: Ein frühes Menschenrechts-Manifest?

CHRISTOF THEILEMANN: Das wird man sicher nicht so ohne weiteres sagen können. Aber wichtig ist, dass man die zehn Gebote nicht einfach nur als Verbote versteht. Zweifellos schränken sie den Rahmen dessen ein, was dem Menschen von Gott erlaubt ist. Aber zugleich sind sie eben gerade deshalb die Erlaubnis Gottes, sich in dem so eröffneten Raum frei bewegen zu können. Der Mensch ist nicht geschaffen, um zu töten. Er muss nicht ehebrechen oder stehlen. Und Freiheit ist hier das richtige Stichwort. Denn die zehn Gebote werden in der Bibel immer mit der vorgängigen Befreiung des Volkes Israel aus Ägypten durch Gott begründet (2. Mos 20; 5. Mose 5). Weil Gott also Menschen zur Freiheit führen will (vgl. Galater 5), deshalb ist der Mensch nicht gezwungen, falsch Zeugnis zu reden, zu lügen und zu betrügen. Insofern beschreiben die Zehn Gebote als Rahmen dessen, wozu Gott befreit, Rechte des Menschen: Das Recht nicht bestohlen zu werden, das Recht auf Ehrung durch die Kinder etc. Freilich basieren diese Rechte in den Zehn Geboten auf dem, was Gott von den Menschen beanspruchen kann (1. und 2. Gebot)! Nur wenn Gott in der Höhe geehrt wird, gibt es dauerhaft Frieden auf Erden (vgl. die Weihnachtsgeschichte in Lukas 2)!

Menschenrechte und Interreligiöser Dialog: Spannungsfrei oder spannungsvoll?

CHRISTOF THEILEMANN: Für mich kann es sinnvollen interreligiösen Dialog nur auf der Basis der gegenseitigen Achtung der Menschenrechte geben. Nur wer das Selbstbestimmungsrecht des/der anderen achtet, kann sinnvoll mit dem/der anderen ins Gespräch gehen. Wo das Selbstbestimmungsrecht des/der anderen angetastet wird, wird der Dialog schon in der Wurzel zum lebensfeindlichen Monolog des einen über und gegen den anderen. Ohne den genannten grundlegenden Respekt, ohne Bereitschaft zur Ehrlichkeit und dazu, sich durch den Dialog angehen und ggf. ändern zu lassen, ist interreligiöser Dialog krank. Mit der formalen Achtung ist es hier allein freilich nicht getan. Interreligiöser Dialog ist mehr als ein Gentleman's Agreement, fair zu sein. Der Dialog braucht Verständigung über die Inhalte, die die Menschen auf beiden Seiten bewegen. Hier wird es auch eine Debattenkultur geben müssen, die von Respekt und Ernsthaftigkeit geprägt ist. Meine Freiheit und die Freiheit des/der anderen gehören zusammen. Ohne Spannungen wird es hier wie in jeder Beziehung nicht abgehen. Aber anders als eben beschrieben, wird es nicht gehen, gerade auch aus Sicht des christlichen Glaubens. Man beachte, wie Jesus sich von dem Glauben nichtjüdischer Menschen hat beeindrucken lassen, siehe der Hauptmann von Kapernaum (Matthäus 8) und die kanaanäische Frau (Matthäus 15).

JUBILÄUM

200 Jahre Berliner Mission

Wussten Sie schon, dass …

- das Berliner Missionswerk seinen Gründungstag nur alle vier Jahre begeht?
- die ersten Missionare ins Südliche Afrika entsandt wurden?
- seit mehr als 50 Jahren junge Leute vom Freiwilligenprogramm profitieren?
- das Berliner Missionswerk in Südafrika gegen die Apartheid gekämpft hat?
- heute 18 Partnerkirchen aus aller Welt neue Impulse und Ideen mitbringen?

200

BERLINER MISSION

2024 begeht das Berliner Missionswerk sein **200-jähriges Bestehen.** Die Feierlichkeiten beginnen bereits 2023 – mit dem **Tag der Offenen Tür** im Missionshaus, am **Mittwoch, 29. November, 14 bis 18 Uhr.** Dann warten Informationen, Rundgänge, spannende Gesprächspartner:innen und kulinarische Spezialitäten aus aller Welt auf die Gäste. Herzliche Einladung!

Hintergründe und Details:

→ *berliner-missionswerk.de/ueber-uns/200-jahre-berliner-mission*

KIRCHENTAG

Vielfalt des Glaubens feiern

»Nichts kann uns trennen«: Unter diesem Motto finden vom 7. bis 9. Juni 2024 die **Christlichen Begegnungstage (CBT)** in **Frankfurt (Oder) und Słubice** statt. Miteinander feiern, beten, lachen, diskutieren: Die länderverbindende Veranstaltung lädt dazu ein, sich in einem inspirierenden Rahmen zu begegnen und die Vielfalt des Glaubens zu feiern.

Die CBT sind ein internationaler Kirchentag, bei dem der Austausch im Mittelpunkt steht. Hier treffen sich Menschen aus Mittel- und Osteuropa; sie freuen sich auf ein buntes Familien- und Jugendprogramm, auf Podiumsdiskussionen zu spirituellen und gesellschaftspolitischen Themen, zum Bibelfrühstück, zu gemeinsamen Gottesdiensten, ökumenischen Andachten, Konzerten und vielem mehr.

Die Treffen finden regelmäßig alle drei Jahre statt, bislang in Görlitz und Budapest, in Breslau und Dresden. Interessierte aller Konfessionen und Weltanschauungen sind eingeladen.

Gastgebende Kirchen 2024 sind die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz **(EKBO)** und die **Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen (EAKiP)**. Weitere mitwirkende Kirchen sind die Evangelische Kirche der Böhmischen Brüder (EKBB), die Tschechoslowakische Hussitische Kirche und die Schlesische Evangelische Kirche aus Tschechien, die reformierte und die lutherische Kirche der Slowakei und Ungarn, die evangelischen Kirchen aus Österreich und die Nordkirche aus Deutschland, die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM), die Evangelisch-Lutherische Kirche Sachsens (EVKLS) und Bayerns (ELKB), die Evangelische Landeskirche in Württemberg (elk-wue) und die regionale Ökumene.

Hier informieren

→ *christlichebegegnungstage.de*

ABSCHIED

Nach 35 Jahren ging eine Ära zu Ende

»Heute geht eine Ära zu Ende«, sagte Barbara Deml, frühere stellvertretende Direktorin, bei der **Verabschiedung von Uwe Zimmermann** aus seinem Dienst als Referent für Partnerschaftsarbeit. 35 Jahre lang war er mit dem Berliner Missionswerk auf dem Weg, hielt es mit den Partnern in aller Welt verbunden, lebte Partnerschaft. Im 24. Mai wurde er mit einem feierlichen Gottesdienst aus seinem Dienst verabschiedet.
»Partnerschaft ist Begegnung und Weggenossenschaft«, zitierte Barbara Deml das Leitbild Uwe Zimmermanns, »Partnerschaft beginnt dort, wo man gemeinsam am Herd gesessen hat.« Er habe über Jahrzehnte hinweg für das Berliner Missionswerk an vielen Herden gesessen.
»Er war all die Jahre **‚Mister Partnerschaft'**«, so Direktor Dr. Christof Theilemann, »und hat viele Gemeinden für Partnerschaften gewinnen können.«
Die wichtigste Säule der Partnerschaftsarbeit bleibe die direkte Begegnung, heute ergänzt durch die Möglichkeiten des Internets, so Uwe Zimmermann im Rückblick auf 35 Jahre. »Partnerschaft ist eine lebendige Beziehung. Sie kann genauso aufregend, manchmal anstrengend und oft beglückend sein wie eine Beziehung zwischen zwei Menschen. Partnerschaft ist ein Stück Weggenossenschaft in dieser Welt.«
Und weiter: »Partnerschaftliche Begegnungen lassen uns, bis heute, im wahren Sinne des Wortes begreifen: Es geht uns relativ gut, während Millionen Menschen weltweit unter prekären Bedingungen leben«, so Zimmermann. »Hinzu kommen die oft politisch instabilen Machtverhältnisse, die zu Einschränkungen der Freiheit und zu ungleicher Verteilung der Ressourcen führen. Diese harten Lebensbedingungen bekommen wir hier zwar durch die Medien vermittelt, aber hautnah erleben wir sie erst, wenn wir den Menschen unmittelbar begegnen und nicht nur als Tourist:innen in ihre Lebenswirklichkeit eintauchen. Partnerschaften zwischen Kirchenkreisen und Gemeinden in unserer Region mit Kirchengemeinden in Afrika, Lateinamerika und Asien eröffnen uns solche Zugänge. So lebt die partnerschaftliche Arbeit vom Miteinander-Lernen und vom Teilen.«
Uwe Zimmermann dankte allen Kolleginnen und Kollegen, allen Weggefährt:innen und nicht zuletzt seiner großen Familie. »Meine Bitte zum Abschied ist«, sagte er, ganz typisch für ihn, »dass

das Werk weiterhin Partnerschaften sucht, lebt und fördert.« Zuletzt, auch dies ganz typisch für Uwe Zimmermann, dankte er für die Zuwendungen in guten, aber vor allem auch in schwierigen Zeiten.

Mehr:

→ *berliner-missionswerk.de/publikationen/zeitschrift-weltblick*

VEREIN

Gemeinsam die Herausforderungen meistern

Nun ist es offiziell: Der **Ökumenische Rat Berlin-Brandenburg (ÖRBB)**, bisher eine Arbeitsgemeinschaft von 33 christlichen Kirchen, ist seit Mai ein eingetragener Verein. »Ein wichtiger Schritt zu mehr Zusammenhalt«, so **Barbara Deml,** frühere stellvertretende Direktorin des Berliner Missionswerkes.
Der Ökumenische Rat Berlin-Brandenburg stellt seit vielen Jahren einiges auf die Beine – und bleibt als Veranstalter doch oft dezent im Hintergrund: die Nacht der offenen Kirchen in Berlin und Brandenburg, das Fest der Völker, die Interkulturelle Woche im September, das Weltfriedenstreffen Sant'Egidio in Berlin und den Studientag im November. Aber auch die Ökumenische Pfingstandacht an Pfingstsonntag, zahlreiche ökumenische Gottesdienste an Pfingstmontag und das Orthodoxe Pfingstfest.
In den Räumen des Berliner Missionswerkes fand die Gründungsversammlung des eingetragenen Vereins statt, der die Arbeitsgemeinschaft »Ökumenischer Rat Berlin-Brandenburg (ÖRBB)« ablöst. Die zugrundeliegende Satzung hatte die Ratsleitung in ihrer Sitzung im März 2023 beschlossen.
Die Anwesenden bekundeten nun ihre Freude über die gute ökumenische Zusammenarbeit der letzten Jahre: »Wir gehen den Herausforderungen für die Ökumene in der Region in herzlicher Verbundenheit entgegen.«
Hinter dem Namen ÖRBB verbergen sich **33 Mitgliedskirchen:** von der Alt-Katholischen Kirche über die Koptisch-Orthodoxe Kirche bis hin zur Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochia (in alphabetischer Reihenfolge).

Mehr zu ÖRBB und den 33 Mitgliedskirchen:

→ *oerbb.de*

AUSSTELLUNG

Zwitscherkasten am Missionshaus

Das Berliner Missionswerk geht mit seiner Geschichte transparent um – und trägt sie nach außen: Am Eingang des Missionshauses wurde nun eine **Audio-Box** befestigt, über die Passant:innen mehr über **Geschichte und Gegenwart** der Arbeit erfahren. »Wir sind zuversichtlich, dass wir auf diese Weise viele Menschen motivieren, mehr über das Missionshaus und die Mission erfahren zu wollen«, so Dr. Martin Frank. Der so genannte »Zwitscherkasten«, an dem eifrig gekurbelt werden muss, um ihm die Audio-Datei zu entlocken, ist Teil der vom Berliner Senat geförderten **Neugestaltung der Geschichtsausstellung** im Missionshaus. Die Audio-Box an der Außenwand soll sichtbar und hörbar machen, dass der Umbau der Ausstellung begonnen hat. Die neu konzipierte Ausstellung soll voraussichtlich im Herbst 2024 eröffnet werden.

Zur Ausstellung im Missionshaus

→ *berliner-missionswerk.de/ueber-uns/ausstellung*

TALITHA KUMI

Azubis kochen in Berlin

Arabisches Business-Frühstück, zubereitet von **Praktikant:innen aus Talitha Kumi:** Seit zwölf Jahren kooperieren Talitha Kumi und das Berliner Missionswerk mit dem Hotel **»Dietrich-Bonhoeffer-Haus«** in Berlin-Mitte. Mal gibt´ es einen kulinarischen Abend auf Schwanenwerder an der Havel, mal ein arabisches Frühstück im Hotel: Das zweiwöchige Praktikum mehrerer Auszubildender des Talitha Kumi Community Colleges ist fester Bestandteil in der Jahresplanung. Und natürlich haben die jungen Gäste dann auch die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit ihr Können unter Beweis zu stellen. Initiiert und begleitet hat diesen besonderen Austausch die Geschäftsführerin des Bonhoeffer-Hotels, **Stefanie Jüngerkes.**

Drei FRAGEN *an…*

Mehrere Tage lang besuchte die Kirchenleitung der EKBO im Mai die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen. »Ein liebenswertes Land«, sagt Kristóf Bálint, Generalsuperintendent des Sprengels Potsdam. In unserem Interview spricht er über Wahlergebnisse, die Frauenordination und die Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine.

… KRISTÓF BÁLINT

»Polen, der unbekannte Nachbar«: Dieser Satz wird in Deutschland häufig zitiert. Galt er vor dem Besuch auch für Sie?

Kristóf Bálint: Ich gebe zu, dass dieser Satz auch für mich galt und bin froh, dass sich das nun, mit diesem Besuch, dem weitere folgen sollen, ändert. Polen ist mir ein liebenswertes Land geworden, mit sehr gastfreundlichen Menschen, so wie ich es von den Ungarn kenne. Ich bin zwar hin und wieder irritiert, welche Regierung sich die Menschen wählen, aber das bin ich auch in bestimmten Regionen von Deutschland, wenn Politiker mit hohen Prozentzahlen gewählt werden, die noch keine einzige wirkliche Antwort auf die Probleme der Menschen haben als die gegenwärtigen Versuche der Regierenden zu kritisieren. In Polen waren wir zu Gast bei der Partnerkirche der EKBO, der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen. Sie macht 0,3 Prozent der polnischen Bevölkerung aus, ist also sehr klein und überschaubar, aber nach meiner Kenntnisnahme ungemein vital und lebendig. Zuweilen habe ich mich an die Zeit vor der friedlichen Revolution in der DDR erinnert gefühlt.

Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen hat jüngst die ersten Frauen zu Pfarrerinnen ordiniert. Wie kommt das an in Polen, mit seiner großen, traditionell orientierten katholischen Kirche?

Kristóf Bálint: Das ist sehr unterschiedlich. Im ökumenischen Umfeld in Europa findet es vorwiegend positiven Widerhall. Es wird Zeit, dass an dieser Stelle der Wirklichkeit Rechnung getragen wird. Allerdings ist es in Polen nicht leicht. Die katholische Kirche fremdelt erwartungsgemäß mit der Frauenordination. Verblüffend waren aber die Berichte von der massiven Ablehnung durch die orthodoxe Kirche. Ich bin bass erstaunt, wie heftig die Reaktionen darauf waren, von denen uns die polnischen Gastgeber berichteten.

Welche Begegnung, welcher Moment der Reise mit der Kirchenleitung zur polnischen Partnerkirche hat Sie besonders beeindruckt?

Kristóf Bálint: Das waren mindestens drei Dinge. Zum einen war ich gebeten worden, in der Warschauer Dreifaltigkeitskirche die Predigt zu halten. Das zweite war eine Gesprächsrunde mit Mitarbeitenden aus dem Bereich der Diakonie, die uns von ihrer Arbeit mit ukrainischen Geflüchteten sehr bewegend erzählten. Zum dritten der Bericht einer jungen Frau, die zum ersten Jahrgang der Pfarrerinnen zählte, die im vergangenen Jahr ordiniert wurden. Ihr Bericht war sehr bereichernd und ich frage mich, wann endlich auch in dieser Frage Pfingsten in allen Kirchen wird. Möge die Geistkraft des Ewigen weiter kräftig wirken.

Zugehört, ANGEPACKT

Nach zehn Jahren geht Barbara Deml neue Wege

Ostasien, Westeuropa, internationale Gemeinden und vieles mehr: Barbara Deml meisterte die Vielzahl ihrer Aufgaben mit viel Himor und Tatkraft. Am 1. Juli begann ihr Dienst als Pfarrerin der Heilig Geist Gemeinde Falkensee.

»Die Grundeinstellung muss stimmen«, da ist sich Superintendent Martin Kirchner mit Paulus einig, »und bei Barbara Deml stimmt sie eben«. Martin Kirchner ist Vorsitzender des Schweden-Beirats des Berliner Missionswerkes und sprach im Abschiedsgottesdienst stellvertretend auch für den UK-Beirat, den Ostasien-Beirat und den Beirat UCC, der United Church of Christ in den USA. Die Betreuung dieser Partnerschaften war nur ein Teil der vielen Aufgaben, die Barbara Deml im Missionswerk bewältigte. Zehn Jahre hat sie dem Berliner Missionswerk gedient, zunächst als Referentin für den Gemeindedienst, seit 2017 als Leiterin der Abteilung Ökumene und stellvertretende Direktorin.

Martin Kirchner brachte nicht nur den Dank der Beiräte mit, sondern würdigte Barbara Deml auf wunderbare Weise. »Was sie trägt, erkennt man sofort, wenn man ihr begegnet«, so Martin Kirchner, «einerseits der Respekt vor einer hineinspürenden Theologie, andererseits – geistlich gestärkt – der Wille und die Kraft zu Werken der Barmherzigkeit«. So in der Notfallseelsorge, die Barbara Deml, neben ihren vielen Aufgaben im Missionswerk, mit Freude und Demut wahrnahm: »Wo immer sie Menschen begegnet, verleiht sie der Liebe Gottes Gestalt«.

»Barbara Deml hört zu und packt an«, das mache sie aus und das prägte ihren Dienst, sagte Direktor Dr. Christof Theilemann bei der Entpflichtung, »sie war für das Werk Maria und Martha in einer Person«. Monsignore Dr.

Barbara Deml mit Dr. Christof Theilemann.

Gruppenfotos zum Abschied.

Barbara Deml, von Superintendent Carsten Bolz zur »Lady of Honor« ernannt (re.), wird der Ökumene verbunden bleiben.

Hansjörg Günther vom Erzbistum Berlin, Vorsitzender des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg (ÖRBB) würdigte Barbara Deml in seinem Grußwort als scheidendes Mitglied der Ratsleitung des ÖRBB. Sie habe mit Blick auf Realitäten und Ressourcen für ihre Anliegen gestritten, ohne jede Larmoyanz. »Ihre neue Gemeinde«, so Monsignore Dr. Günther, »kann sich auf eine kluge Pragmatikerin freuen!«.

Ryan White, Presbyterianer aus den USA, sprach für die Internationalen Gemeinden, die Barbara Deml betreute. »Sie hat die Vielfalt des Christentums in Berlin und im Umland wahrgenommen, hat die Herausforderungen gesehen«, so Ryan White, »aber auch die Chancen – und hat sich dafür in der Landeskirche eingesetzt«. Für Gastfreundschaft gegenüber den Internationalen Gemeinden, in denen Gastfreundschaft ein hoher Wert ist. Superintendent Carsten Bolz setzte mit seinem Grußwort einen launigen Schlusspunkt, ernannte Barbara Deml zur »Lady of Honor«, mit eigenem Kaffeebecher, für ihre Bemühungen um »Klarheit und Ausgleich« im UK-Beirat, dem Beirat für die Partnerschaft nach Großbritannien.

»Mein Herz ist übervoll«, sagte Barbara Deml in ihrem Abschiedswort, »und voller Dankbarkeit«. Dank an alle Kolleg:innen, Mitarbeitenden, Weggefährt:innen und Freund:innen, »das Verbindende war immer größer als das Trennende!« Neben all dem Dank äußerte sie auch ein wenig Sorge. Sorge um die Ökumene, eine der großen Zukunftsaufgaben der Kirche, »in der Stadt und in der Welt«. Verdienter Applaus in der Bartholomäuskirche am Friedrichshain, langanhaltend und warmherzig. Beim Fest im Innenhof des Evangelischen Zentrums stapelten sich die Abschiedsgeschenke an der Davidsskulptur, und bei den Gespräche an den Tischen gab es Wehmut, Heiterkeit und bis zum Ende keinen Regenguss.

Barbara Deml: »Bleiben Sie der Ökumene verbunden, das tue ich auch!«

Gerd Herzog

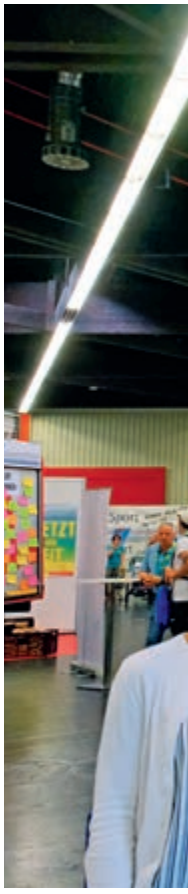
wird Barbara Deml vermissen und wünscht ihr gleichzeitig alles Gute für den kommenden Weg.
→ *kirche-heilig-geist.de*

Impulse *für verantwortliches* HANDELN

Kirchentag: Im Gespräch mit den Partnern

Gemeinschaft erleben, diskutieren, lachen, feiern – und einen Blick über den Tellerrand werfen: All das ist Kirchentag. Im Juni präsentierte sich das Berliner Missionswerk dort erneut auf mehreren Ständen und Podien. Das Motto in Nürnberg: »Jetzt ist die Zeit!« (Markus 1,15).

FOTOS: GERD HERZOG UND JUTTA KLIMMT



Links: Pfarrer Alison Infante aus der Gemeinde Cardenas der Partnerkirche Iglesia Presbiteriana-Reformada en Cuba am Stand der Missionswerke, gemeinsam mit Direktor Dr. Christof Theilemann und Alma Corona aus dem Kuba-Referat.

Mitte: Prof. Dr. Chibueze C. Udeani trifft Dr. Martin Frank, Afrikareferent des Berliner Missionswerkes. Prof. Udeani diskutierte bei einer Podiumsdiskussion über »Mission und Kolonialismus in Geschichte und Gegenwart«.

Links unten: Besuch am Stand der Meißen-Partnerschaft. Die damalige Ökumenereferentin Barbara Deml mit einer Tasse Tee für den Gast aus Großbritannien.

Rechts unten: Besuch aus dem Kanzleramt am Stand der Missionswerke.

Kampf gegen Apartheid, Kolonialismus und Rassismus

Nachruf auf den Berliner Missionar Markus Braun

Der ehemalige Berliner Missionar Pfarrer Dr. Markus Braun war von 1967 bis zu seiner Ausweisung im April 1971 als Missionar der Berliner Missionsgesellschaft in Südafrika tätig. Diese Erfahrungen haben ihn nie wieder losgelassen und sein weiteres Leben entscheidend geprägt. Aus dieser Zeit stammten Klarheit und Konsequenz seines lebenslangen Kampfes gegen die Folgen von Apartheid, Kolonialismus und Rassismus. Seinen 90. Geburtstag konnte er 2022 noch im Kreise von Familie und Freunden feiern; am 11. März 2023 ist er in Köln gestorben.

Geboren wurde Markus Braun am 2. Juli 1932 in Lauterburg, Schwäbische Alb. Sein Vater war württembergischer Pfarrer, der 1940 durch einen Unfall ums Leben kam. Nach Schule und Abitur 1951 in den theologischen Seminaren Maulbronn und Blaubeuren arbeitete Markus Braun als Fabrikarbeiter und auf dem Bau. 1952 begann er mit dem Studium der Evangelischen Theologie in Tübingen, später in Hamburg. Nach einigen Umwegen – seine Interessen waren weit gespannt und er promovierte zunächst in Soziologie – nahm er 1960 sein Theologiestudium wieder auf. 1961 schrieb er sich an der Kirchlichen Hochschule in Berlin ein.

Dem 1. Theologischen Examen 1964 folgten Vikariate in Berlin-Zehlendorf und im Hansaviertel, Auslandsaufenthalte in London und bei Birmingham und 1967 das 2. Theologische Examen in Berlin. Seit 1964 war er mit der Gemeindehelferin Ilse Reinhold verheiratet. Ihnen wurden vier Töchter geboren, die beiden jüngsten bereits in Südafrika. Im Juni 1967 war er mit seiner Familie durch die Berliner Mission nach Südafrika ausgesandt worden. Dort arbeitete er als Missionar in lutherischen Gemeinden in Welkom, dem zentrum der üdafrikanischen Goldindustrie. Er wirkte in schwarzen sotho- und zulusprachigen Gemeinden in den Townships rund um Welkom, das als Modellstadt für die Arbeiter in den Goldminen entworfen worden war. Braun wohnte aber – aufgrund der durch die Apartheid getrennten Wohngebiete – mit seiner Familie in der »weißen« Stadt.

Ab 1968 leitete er das Projekt »Urban Church on the Witwatersrand« mit Schwerpunkt in Soweto, der großen schwarzen Siedlung Südafrikas. Die Verurteilung des Systems der Apartheid auf der Pastoralkonferenz in Umpumulo im Jahre 1967, die die Missionsgesellschaft in Berlin für die gesamte Mission übernahm, führte dazu, dass drei Berliner Missionsangehörige mit ihren Familien durch die südafrikanische Regierung ausgewiesen wurden, darunter im April 1971 auch Markus Braun. Verarbeitet hat er seine Erfahrungen 1973 in dem Buch »Das schwarze Johannesburg. Afrikaner im Ghetto«.

Nach der Rückkehr nach Deutschland war er zunächst im Heimatdienst der Mission in Berlin tätig. Der Weg in ein West-Berliner Pfarramt stand ihm offen. Aber die aufwühlenden und so abrupt abgebrochenen Erfahrungen in Südafrika verlangten nach einer Fortsetzung. So zog die Familie nach Mainz, und Braun begann ab Ende 1972 einen neuen Dienst bei der Goßner-Industriemission, die mit der Urban Industrial Mission des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) kooperierte.

Es begann eine äußerst fruchtbare Zeit, inspiriert durch die erschütternden Erfahrungen mit den schwarzen, farbigen und weißen evangelisch-lutherischen Gemeinden im von der Apartheid geprägten Südafrika. Dafür gründete er mit anderen den kirchlichen Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika und die politische Anti-Apartheid-Bewegung und war seit 1974 zwanzig Jahre lang im Gemeindedienst für Weltmission der Ev. Kirche im Rheinland tätig. Ein Schuldbekenntnis der EKD zur Vollversammlung des Lutherischen Weltbunds (LWB), die im Mai 2017 in Windhoek stattfand, ist auch auf Grund unserer Zusammenarbeit und des Drängens des Mainzer Arbeitskreises Südliches Afrika und der Solidarischen Kirche Rheinland entstanden. Ein überfälliger Schritt und ein wichtiger Erfolg für die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit, zu dem Markus Braun durch seinen unermüdlichen Einsatz beigetragen hat.

Ein besonders bewegendes Ereignis war im August 2018 die Zeremonie zur Übergabe von in der Kolonialzeit nach Deutschland entführten Schädeln und Gebeinen von Menschen aus Namibia und der anschließende Gottesdienst in der Französischen Friedrichstadtkirche zu Berlin. In der anschließenden öffentlichen Versammlung gab es bewegende Reden der Vertreter von Herero und Nama aus Namibia, die die Beteiligung der Vertreter ihrer Volksgruppen und Entschädigungen für die Nachkommen der Opfer in den namibisch-deutschen Regierungsverhandlungen forderten.

Markus Braun hat in seiner liebenswürdigen, gewinnenden und hartnäckigen Art viele Menschen immer wieder zum Mitdenken und Mitmachen gebracht. Es war eine bereichernde, manchmal mühsame, immer vertrauensvolle Zusammenarbeit, für die ich ihm sehr dankbar bin. Seine E-Mails waren zahlreich und voller guter Hinweise und Anhänge, die alle zu lesen und umzusetzen harte Arbeit, aber auch die Genugtuung versprach, auf der richtigen Seite eines Kampfes für Gerechtigkeit und gegen Apartheid, Kolonialismus und Rassismus mitwirken zu dürfen.

Pfr. i.R. Gerd Decke *war von 1993 bis 2005 Referent im Berliner Missionswerk, unter anderem für das Südliche Afrika.*

Unsere Ökumenischen Freiwilligen des Jahrgangs 2022/2023

Hier können Sie helfen!

Spendenkonto

Berliner Missionswerk
Evangelische Bank
BIC GENODEF1EK1
IBAN DE86 5206 0410 0003 9000 88

Kennwort
»Frauenarbeit Äthiopien«

Gegen *schädliche* Traditionen

Verheiratung von Mädchen, Genitalverstümmelung und massive Ungleichbehandlung gehören für äthiopische Frauen, gerade in den ländlichen Regionen des Landes, immer noch zum Alltag.

Deshalb setzt sich unsere äthiopische Partnerkirche gezielt für die Stärkung von Frauen in der äthiopischen Gesellschaft ein. Mit Gesundheits- und Aufklärungsworkshops, mit Förder- und Alphabetisierungsprogrammen. Das Ziel: Handwerkszeug zur Selbsthilfe vermitteln.

»Wenn wir diesen Schritt nicht gehen, wird die vorherrschende Kultur Frauen noch viele weitere Jahre behindern. Wir müssen die Frauen darin bestärken, sich den veralteten Strukturen und Traditionen mit Wort und Tat entgegenzustellen«, sagt Tsige Gidelew, Frauenbeauftrage der Mekane Yesu Kirche in Dembi Dollo.

Bitte unterstützen Sie die Frauenarbeit unserer äthiopischen Partnerkirche mit Ihrer Spende! Helfen Sie dabei, äthiopische Frauen in ihrem Kampf für mehr Gleichberechtigung zu stärken!